

2. Neudruck

Antrag

des Abgeordneten Christoph Schulze (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe),
der Abgeordneten Iris Schülzke (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe) und
des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe)

Kein weiteres Steuergeld für BER

Am 13.03.2015 tagte der Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg (FBB) die Projektträgerin des Flughafenprojektes BER ist. Ursprünglich sollte das Flughafenprojekt 2,5 Milliarden € kosten. Von den 2,5 Milliarden € hatte Brandenburg ca. 880 Mio. €, die der Flughafen über Kreditaufnahmen verbürgt. Durch die allseits bekannten Entwicklungen und das Missmanagement musste die Flughafeneröffnung mehrfach verschoben werden, und die Kosten haben sich von ursprünglich 2,5 Milliarden € auf mittlerweile 5,4 Milliarden € erhöht. Dies entspricht einer Kostensteigerung auf 216 %, und das Ende der Fahnenstange ist noch nicht absehbar. Weitere Milliarden Zuschüsse sind im Gespräch und wohl in Zukunft auch unvermeidlich. Nachdem bereits im Jahr 2013 der seinerzeitige Geschäftsführer Herr Mehdorn eine weitere Finanzspritze von 1,2 Milliarden € gefordert hatte, und der Aufsichtsrat dieses im Jahr 2013 auch im Grunde genommen bestätigt hatte, hat die Landesregierung Brandenburg immer betont, dass es für sie nicht in Frage käme, weiteres Steuergeld in den Flughafen reinzustecken.

Aus diesem Grunde möge der Landtag Brandenburg beschließen:

1. Der Landtag Brandenburg lehnt eine weitere Finanzspritze in Höhe von über 400 Mio. € an die Flughafengesellschaft FBB ab.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, dies im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung so zu kommunizieren.
3. Finanzmittel aus dem Landeshaushalt Brandenburg wird es in Zukunft nur noch geben, wenn die FBB beim Schallschutz endlich aufhört, bei den Betroffenen zu sparen, sowie eine klare Wirtschaftlichkeitsplanung und transparente Mittelverwendung gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit hergestellt sind.

Begründung:

An allen Ecken und Enden im Land Brandenburg wird gespart. Ganze 27 Mio. € pro Jahr gibt das Land für die Sanierung von kommunalen Straßen aus. Im Justizwesen sollen 31 Richter- und Staatsanwaltschaftsstellen abgebaut werden und auch im Bereich der Polizei soll weiter gekürzt werden. Eine Einstellungswelle bei Lehrerinnen und Lehrern ist irgendwie in der Wirklichkeit noch nicht angekommen. Der Stundenlohn ist nicht wirklich zurückgegangen. Überall wird eine restriktive Sparpolitik gefahren, nur der Flughafen wird gehätschelt und gefüttert, ohne dass dafür wirkliche Leistung und Effekte für Brandenburg überkommen, ganz im Gegenteil, die Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg im Einzugsbereich des Flughafens werden nach wie vor im Rahmen von Schallschutz verschaukelt. Es wird durch die Flughafengesellschaft um jeden Cent beim Schallschutz mit den Bürgerinnen und Bürgern gefeilscht. Wenn Löcher gestopft werden sollen, die das Flughafenmanagement zu verantworten hat, ist immer Geld da. Wenn es um die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger geht, ganz gleich ob nun rund um den Flughafen und in dem Zusammenhang mit Schallschutz, um die Bedürfnisse der Menschen nach Sicherheit, Bildung und einer vernünftigen Infrastruktur, Fehlanzeige - dann wird gespart.

Der Minister Görke (Linkspartei), sowohl in der 5. als auch in der 6. Wahlperiode Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident, hatte im September vor der Landtagswahl verkündet: **„Ich werde verhindern, dass der Brandenburger Steuerzahler weiterhin geschröpft wird.“** Auch im Koalitionsvertrag von SPD und Linkspartei für die 6. Wahlperiode von 2014 bis 2019 heißt es, der Flughafen solle „vorrangig Quellen außerhalb weiterer Kapitalzufuhren der Gesellschafter ausschöpfen.“ Nachdem sich die Situation am Flughafen im Hinblick auf den Finanzbedarf weiter verschärft hatte, hat nunmehr der Aufsichtsrat am 13.03.2015 (Freitag) beschlossen, auf Steuerzahlerkosten eine weitere Tranche in Höhe von 1,1 Milliarden € in die Flughafengesellschaft zu stecken. Wie die Märkische Allgemeine Zeitung am 17.03.2015 mitteilte, hat der **Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke** vor Pressevertretern gesagt: **„Der Aufsichtsrat ist der Gesellschaft verpflichtet, und wir dem Land.“** Quelle: MAZ BER-Sonderausschuss 16.03.2015

Nachdem nun sowohl der Ministerpräsident als auch die Finanzminister sich dafür ausgesprochen haben, kein weiteres Steuergeld aus dem Brandenburger Landeshaushalt in das große, schwarze Loch BER zu stecken, sollte der Landtag Brandenburg dies nunmehr fixieren und auch beschließen, ansonsten wird es den Landeshaushalt im Jahr 2015/2016 mindestens noch einmal mit über 400 Millionen € Cash belasten.

Der Landtag Brandenburg ist der Haushaltsgesetzgeber und der sollte nun endlich die Notbremse ziehen und deutlich machen, dass das Land Brandenburg nicht die Melkkuh für den Flughafen ist und dort Geld aus dem Fenster wirft.

Wenn der Finanzminister und stellvertretende Ministerpräsident vor der Wahl und nach der Wahl verkündet, dass er verhindern werde, dass der Brandenburger Steuerzahler weiter geschröpft wird, und auch der Ministerpräsident noch am 16.03.2015 erklärt, dass der Ministerpräsident dem Land verpflichtet ist und nicht der Flughafengesellschaft, dann sollten jetzt endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden und an dieser Stelle ein Bekenntnis zu den Menschen im Land Brandenburg abgegeben werden, dass das Geld vorrangig für **ihre** Interessen und für **ihr** Wohlergehen da ist

und nicht ständig in schwarze Löcher geschaufelt wird, die andere ausgehoben haben.

Iris Schülzke
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe